



## Protokollauszug

## zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 26.04.2012, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

- TOP 1                      Neugestaltung Eberhardstraße  
- Bericht über den Runden Tisch am  
23.03.2012  
- Vorstellung erster Planungsüberlegungen  
- Information über das weitere Verfahren

---

#### Beratungsverlauf:

Unter einleitenden Erläuterungen führt BM **Schmid** in den Sachverhalt ein.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet nachfolgend zusammenfassend über die wesentlichen Ergebnisse des Runden Tisches am 23.03.2012 bezüglich der Neugestaltung Eberhardstraße und stellt dies verdeutlichend anhand einer Powerpoint-Präsentation dar. Zum Zeitplan ausführend solle am 24.05.2012 der Entwurfsbeschluss für den 1. Bauabschnitt gefasst werden.

Herr **Rosenstiel** (Architektur und Stadtplanung Rosenstiel, Freiburg) stellt im Anschluss den aktuellen Planungsstand vor und verdeutlicht die Situation anhand von Bildern in Form einer Powerpoint-Präsentation.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache macht Stadtrat **Noz** darauf aufmerksam, dass die alteingesessene Firma Lotter mit Geschäften auf der Westseite der Straße berücksichtigt werden müsste. Deutlich sei geworden, dass Be- und Entladen zugelassen werden müsse. Möglich wäre ein Parkverbot, das das Halten bis zu drei Minuten zum Be- und Entladen zulasse. Wichtig sei, die Einzelhändler und Hausbesitzer sowie die Marktbesicker in den Entscheidungsprozess mit einzubinden. Bezüglich der Parkierung im Bereich der Kirche könne man im Abschnitt bis zur Bärenstraße den Vorschlag unterstützen.

Stadtrat **Griesmaier** sieht bei einer der ältesten Straßen bei der Gestaltung Moderne und Tradition sehr gut verbunden. Dies stelle eine gute Grundlage für die Gestaltung dar.

Stadträtin **Schneller** ist froh, dass am Runden Tisch ein guter, alle Interessen berücksichtigender Kompromiss gefunden wurde. Insofern halte man den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich einer Fußgängerzone rund um die Kath. Kirche kontraproduktiv. Wichtig sei, dass Park- und Halteplätze, auch im Bereich der Kirche, vorhanden blieben. Pflaster als Belag halte man mit Blick auf die sich in der Eberhardstraße befindlichen Wohnungen nicht für glücklich, da dieses sehr laut sei. Vorstellbar wäre eine Mischung von historischem Pflaster im Bereich des Bordsteins und Kandels sowie Asphalt auf dem Gehweg und der Fahrspur.

Stadträtin **Schübler** spricht sich für Pflaster als Belag aus, da der Verkehr dadurch verlangsamt werde. Der Antrag ihrer Fraktion sei ein weiterer Vorschlag und ziele darauf ab, dass das historische Stadtbild erhalten bleibe. Sie weist auf den Aspekt hin, dass, sobald Parkplätze

vorhanden seien, ein Park-Such-Verkehr stattfinde. Die Straße sei jedoch nicht für hohes Verkehrsaufkommen geeignet.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** befindet man sich mit der Planung auf dem richtigen Weg, insbesondere durch die Anbindung an den Marktplatz, dem Herz der Stadt. Gut gefalle, dass im Hinblick auf Straße und Gehweg aufgenommen werde, was historisch begründet sei. Eine Erweiterung der Gehwegbreite bringe mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Nicht zielführend sei es, durch Park-Such-Verkehr mehr Verkehr in die Innenstadt zu bringen, hier vertrete man die Auffassung, „weniger ist mehr“.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, man sei bemüht gewesen, die Anregungen umzusetzen, ohne den Charakter der Straße zu sehr zu verändern. Durch die neue Straßenoberfläche werde die ganze Straße aufgewertet. Gut sei die Verbreiterung des Gehweges. Die verschiedenen Oberflächen seien eine Kostenfrage, dies sollte dann spätestens in der Vorlage geklärt werden.

Herr **Kurt** bringt zum Ausdruck, in der Vorlage werde das Thema Asphaltbelag und Pflaster alternativ mit Kosten dargestellt. Bedeutsam sei in diesem Zusammenhang auch die gestalterische Fragestellung. Um die besonderen Bereiche um die Kath. Kirche und den Vorplatz vor dem neuen Stadtmuseum und dem Kunstverein gestalterisch hervorzuheben, sollte ein klarer Materialwechsel von Pflasterbelag und Asphalt stattfinden. Der Antrag der Grünen werde im Zusammenhang mit der Beratung des 2. Bauabschnittes behandelt.

Herr **Rosenstiel** geht kurz auf die Planung im Bereich der Bärenstraße ein. Der Gehweg werde dadurch nicht schmaler, sondern sei breiter als heute.

Stadtrat **Gericke** bittet, im Hinblick auf den Einmündungsbereich die im Rahmen der Aussprache angesprochene Alternative eines Asphaltstreifens nur auf der Mittelachse und eines durchgezogenen Pflasterbelags im Fußgängerbereich zu prüfen.

Stadtrat **Kirnbauer** macht im Bereich Kaffeeberg auf schwere Einbuchtungen im Pflasterbelag durch den Fahrzeugverkehr aufmerksam. Mit Blick auf den Lärmaspekt stellt er fest, dass in der Eberhardstraße viele Bewohner über ihren Ladeneinheiten wohnten.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert nachfolgend die Situation im Bereich Kaffeeberg. Die Problematik der Ausschwemmung bei Starkregen sei in der Eberhardstraße jedoch nicht zu erwarten, auch bestehe dort nur ein geringes Verkehrsaufkommen.

TOP 2                      Radverkehr in der Schillerstraße  
Erneute Beratung nach dem Runden Tisch am  
16.03.2012

---

### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 2, 2.1 und 2.2, Vorl.Nr. 540/11 und 122/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Vor Einstieg in die Beratung des Tagesordnungspunktes macht BM **Schmid** anhand einer Skizze erläuternde Ausführungen zu dem Antrag der FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 258/11 und der Anfrage LUBU/Linke bezüglich der Ausweisung der Schillerstraße als Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und stellt diesbezüglich die Sachlage dar. Originär sei heute abzustimmen über den Antrag der Fraktionen SPD und

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 26.04.2012

Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 540/11 in Bezug auf beidseitige Schutzstreifen, der über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12 konkretisiert werde.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert nachfolgend anhand einer Skizze das Ergebnis der Prüfung vor Ort. Unter Darstellung des westlichen und östlichen Abschnitts wären beim Provisorium zwei Ladenzonen sowie insgesamt vier Stellplätze vorstellbar.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Noz** den Verwaltungsvorschlag mit der eingeschränkten Beparkung als tragbare Lösung für den Übergang an. Er bittet, bei den Überlegungen zur weiterführenden Planung der Nutzung der Schillerstraße Alternativen zu untersuchen sowie die Anwohner und Geschäftsleute mit einzubeziehen. Man stelle den Antrag, den Verwaltungsvorschlag als erstes vor den beiden vorliegenden Anträgen zur Abstimmung zu stellen.

Stadträtin **Liepins** betont, dass heute nur über ein Provisorium entschieden werde. Der Vorschlag des verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs könne gegebenenfalls im Rahmen eines späteren Umbaus aufgegriffen werden. Fraglich sei, ob vier Parkplätze in der Schillerstraße für die Geschäfte überlebenswichtig seien und nicht vielmehr Park-Such-Verkehr anziehen würden. Eine Parkplatzbreite von 2 Meter sei ihrer Auffassung nach zu knapp. Ihre Fraktion stimme mehrheitlich der provisorischen Lösung mit zwei Radwegen ohne Parkierung zu. Die Erfahrungen könne man dann beim Endausbau mit einfließen lassen.

Stadtrat **Weiss** bedauert, dass die Diskussion nicht im Zusammenhang eines Gesamtverkehrskonzeptes geführt werde. Aus seiner Sicht könnten die betroffenen Einzelhändler auch ohne eingezeichnete Parkplätze leben, wenn die Be- und Entladung und eine Zeitspanne für Haltemöglichkeit sichergestellt wären. Mit Blick insbesondere auf die morgendlichen Schüler könnte ein uneingeschränktes Halteverbot auf der Südseite eingereicht werden. Dies wäre die Möglichkeit eines modifizierten Beschlussvorschlags. Die Thematik des Mischverkehrs und der Tempo-30-Zone könne in den nächsten ein bis zwei Jahren noch diskutiert werden.

Mit Blick auf die bestehende Lücke im Abschnitt des Radwegenetzes Richtung Weststadt ist nach Mitteilung von Stadtrat **Gericke** eine Verbesserung wichtig. Er geht nachfolgend begründend auf den Antrag auf Richtigstellung des Protokolls zum Runden Tisch ein. Den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 540/11 der Einrichtung von Schutzstreifen ohne Parkierung, sehe er als vorrangig an. Eine Konkretisierung erfolge im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12. Den Vorschlag der Verwaltung mit vier Stellplätzen lehne man ab.

Stadtrat **Heer** spricht sich gegen städtebauliche und –politische Vorgaben seitens der Geschäftsleute aus, die für die Stadt nicht produktiv seien. Das Parken in der Schillerstraße sieht er nicht als entscheidendes Kriterium für ein gutes Funktionieren der Geschäfte. Er spricht sich für die Möglichkeit eines Probeversuchs ohne Parkplätze zum Schutz der Fußgänger und Radfahrer aus.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus, man halte die Ausweisung der Schillerstraße als verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 für die sinnvollste und kostengünstigste Maßnahme für die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern. Sie bestreitet das Bestehen eines überdurchschnittlichen Gefahrenpotentials in der Schillerstraße. Das Argument, dass Richtlinien für Straßen- und Radwegeplanung in der Regel bei den Verkehrsmengen keine gemeinsame Führung vorsehen, sei dehnbar und keine gesetzliche Festlegung. Erfahrungen anderer Städte zeigten, dass nach Einführung des Verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs das PKW-Aufkommen sinke. Die Kompromisslösung mit vier Parkplätzen und Gehwegen mit einer teilweisen Breite von nur 1,50 Meter sei eine teure Planung und inakzeptabel. Das Fußgängeraufkommen sei sehr hoch und der Erhalt der vier Parkplätze angesichts des Angebots im unmittelbaren Umgebungsbereich der Schillerstraße fast lächerlich. Insofern könnte es einen momentanen Kompromiss darstellen, keine Parkplätze auszuweisen und nur das Halten zu ermöglichen. Die geplanten Schutzstreifen

sehe man kritisch und als vorläufige Maßnahme an. Da ihr Antrag nicht zugelassen wurde werde sie zumindest Punkt 1 des Antrags der Grünen auf Beseitigung der KFZ- Abstellplätze zustimmen.

Stadtrat **Lettrari** gefällt der Antrag der Grünen. Man sollte versuchen, beim Provisorium in der Schillerstraße ohne Parkplätze auszukommen.

Stadträtin **Schneller** sieht Vorteile im Vorschlag der Verwaltung. Bevor alle Parkplätze und Haltemöglichkeiten, ohne Regelung insbesondere in Bezug auf die Haltezonen sowie das Be- und Entladen, gestrichen würden wäre gegebenenfalls bei entsprechenden Erkenntnissen im Testlauf eine Umwandlung der Parkplätze in eine Ladenzone immer noch möglich.

Mit Blick darauf, dass es sich hier um eine der wichtigsten Radwegstrecke und Schulwegachse handle, müsse nach Meinung von Stadtrat **Rehholz** die Sicherheit der Radfahrer im Vordergrund stehen. Zumindest für das Provisorium folge er dem Antrag der SPD und Grünen, die Parkplätze herauszunehmen und Schutzstreifen einzurichten. Der Thematik der Ladeflächen und Andienung der Geschäfte müsse man sich nochmals annehmen.

Stadtrat **Noz** macht auf die Wichtigkeit der Überwachung der zu treffenden Regelungen aufmerksam. Insbesondere mit Blick auf den Einzelhandel appelliert er dringend, dem Kompromiss der Verwaltung zu folgen.

Auf die Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums eingehend zeigt BM **Schmid** anhand einer Skizze erläuternd den Sachverhalt auf. Laut Prüfungsergebnis der Straßenverkehrsbehörde und Bestätigung durch das Regierungspräsidium Stuttgart dürfe auf Schutzstreifen weder geparkt noch be- und entladen werden und der Vorschlag von Stadtrat Weiss somit nicht praktikabel. Auch seien momentan die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen mit Blick auf einen Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich und Ausweisung als gemischte Verkehrsfläche nicht gegeben. Die Verwaltung werde dem PAG-Aufsichtsrat vor, das Parkdeck Bahnhofstraße in Parkdeck Schillerviertel umzubenennen. Zur Reihenfolge der Abstimmung führt er aus, dass zunächst der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12 mit der kompletten Streichung der Parkierung als weitestgehender Antrag zur Abstimmung gestellt werde. Im Anschluss gegebenenfalls der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 540/11 mit Einrichtung beidseitiger Schutzstreifen.

Stadtrat **Noz** sieht hingegen den abweichenden Vorschlag der Verwaltung als weitergehenden Antrag und beantragt, diesen zuerst zur Abstimmung zu stellen.

BM **Schmid** stellt klar, dass seitens der Verwaltung lediglich ein Überprüfungsergebnis vorgetragen worden sei und der Runde Tisch ein Moderationsergebnis sei. Einen Vorschlag und eine Vorlage der Verwaltung gebe es nicht.

Stadtrat **Lettrari** spricht sich dafür aus, den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 540/11 zuerst zur Abstimmung zu stellen.

Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 540/11 führt Stadtrat **Gericke** aus, dass dieser Antrag auch beinhaltet habe, dass ein Schutzstreifen nur dann möglich sei, wenn die Parkierung wegfalle. Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei die dauerhafte Parkierung mit dem Schutzstreifen nicht vereinbar.

Stadtrat **Noz** erklärt seinen Einspruch gegen die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge. Seiner Meinung nach müsste die Abstimmung in der von ihm vorgeschlagenen Reihenfolge stattfinden.

Erläuternd sieht BM **Schmid** hingegen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12 mit einer Reduktion von zwölf auf Null Parkplätze als weitergehend an. Er stellt ferner fest, dass es sich bei den Anträgen Vorl.Nr. 540/11 und Vorl.Nr. 122/12 Ziffer 1 inhaltlich um das gleiche handle.

Er stellt sodann zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12 Ziffer 1 mit beidseitigen Schutzstreifen und dem kompletten Wegfall der individuellen Parkierung für PKW im Gremium zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Bezug nehmend auf Ziffer 2 der Vorl.Nr. 122/12 erklärt Stadtrat **Gericke**, man bitte die Verwaltung, beim späteren Umbau der Schillerstraße einen Entwurf als Alternative dazu zu erstellen. Eine Abstimmung dieser Ziffer des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei nicht erforderlich.

Stadtrat **Heer** weist am Ende der Beratung darauf hin, dass die FDP und auch Frau Burkhardt einen entsprechenden Antrag in Bezug auf Ausweisung der Schillerstraße als Mischverkehrsfläche oder als Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich gestellt hätten. Er denke, dass man diese Überlegung bei einem generellen Umbau der Schillerstraße nicht ausschließen solle. Aus seiner Sicht beinhalte auch das weitere Verfahren, dass dies geprüft werde.

---

TOP 2.1	- Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011	Vorl.Nr. 540/11
---------	-----------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 2, 2.1 und 2.2, Vorl.Nr. 540/11 und 122/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011, Vorl.Nr. 540/11 wird nach erfolgter Aussprache von BM **Schmid** im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2012, Vorl.Nr. 122/12 Ziffer 1 zur Abstimmung gestellt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2.2, Vorl.Nr. 122/12.

---

TOP 2.2	- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2012	Vorl.Nr. 122/12
---------	------------------------------------------------------------	-----------------

---

#### **Beschluss:**

In der Schillerstraße wird kurzfristig ein Angebotsstreifen für Radfahrer auch auf der Nordseite abmarkiert. Dabei wird auf die Parkierung vollständig verzichtet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es wird Ziffer 1 zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 2, 2.1 und 2.2, Vorl.Nr. 540/11 und 122/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Vorl.Nr. 122/12 Ziffer 1 wird nach erfolgter Aussprache als Ergebnis der Beratung im Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011, Vorl.Nr. 540/11 von BM **Schmid** im Gremium zur Abstimmung gestellt und mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Über Ziffer 2 des Antrags mit der Vorl.Nr. 122/12 erfolgt einvernehmlich keine Abstimmung. Die Intention des Antragspunktes erläuternd bittet Stadtrat **Gericke** die Verwaltung, bei einem späteren Umbau der Schillerstraße einen entsprechenden Entwurf als Alternative zu erstellen, was seitens BM **Schmid** zugesagt wird.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3	Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden - Priorisierung der anstehenden Sanierungsmaßnahmen an Sport- und Gemeindehallen	Vorl.Nr. 033/12
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 033/12.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die Vorlage, die eine fortgeschriebene Liste der Sanierungsmaßnahmen der städtischen Gebäude, ergänzt um die Priorisierung der Sanierungen insbesondere der Sporthallen, beinhaltet.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadträtin **Burkhardt**, ihr fehle ein Kriterienkatalog und stellt die Frage, ob ein Kriterienkatalog auch für andere Sanierungsbereiche vorhanden sei.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist in diesem Zusammenhang auf die beigefügte fortgeschriebene Gesamt-sanierungsliste, in der alle Bereiche enthalten seien. Schwerpunkt stelle heute die Aussage zum Sanierungsstand der Sporthallen dar. Mit Blick auf die Haushaltsberatung könne noch besprochen werden, für welche Sporthallen Mittel angemeldet werden sollen.

Stadtrat **Gericke** lobt den Gesamtüberblick mit Prioritätensetzung der Sanierungsmaßnahmen als Grundlage für die weitere Arbeit.

Auch aus der Sicht von Stadtrat **Griesmaier** ist der Überblick wichtig für die künftige Haushaltsplanung.

Für Stadtrat **Weiss** stellt der Überblick lediglich eine Kenntnisnahme, noch keine klare Richtung dar, insbesondere müsse hinsichtlich der Sporthallen im Rahmen der Haushaltsdebatte diskutiert werden, ob man in Obweil einen Neubau oder eine Sanierung wolle.

Stadtrat **Heer** sieht einen bestehenden Handlungsbedarf insgesamt. Wichtig sei, den Sanierungsstau anhand von Prioritäten in einem absehbaren Zeitraum abzubauen.

Herr **Weißer** und Frau **Barnert** gehen nachfolgend auf Aussagen und Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums ein. Bei der Liste handle es sich um eine Fortschreibung und bei den Summen um grobe Schätzungen. Jede Maßnahme werde, bevor sie angegangen werde, entschieden, ob sie noch sinnvoll sei oder nicht.

TOP 4

Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler  
- Vergabe Tragwerksplanung

Vorl.Nr. 106/12

---

#### **Beschluss:**

Der Vergabe der Planungsleistungen Tragwerksplanung für die Leistungsphase 1 - 6 an das Ingenieurbüro für Tragwerksplanung Dipl.-Ing. Dieter Kubasch, Haldenstr. 79, 71254 Ditzingen in Arbeitsgemeinschaft mit Ingenieurbüro für Bauwesen, Dipl.-Ing. (FH) Rainer Klein, Beratender Ingenieur, Amselweg 20, 74343 Sachsenheim, auf der Grundlage des Angebotes vom 12.03.2012 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von rd. 73.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (entschuldigt)  
Stadtrat Weiss (unentschuldigt)

#### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 106/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadtrat **Kirnbauer** die Zustimmung seiner Fraktion. Jedoch hätte er gerne die Ergebnisse aus der Ausschreibung mitgeteilt bekommen.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert den Sachverhalt und führt aus, dass

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 26.04.2012

die Planungsbüros ihr Angebot auf der Basis von HOAI abgeben und die Honorare somit fast gleich seien.

Nach weiterer Verdeutlichung durch BM Schmid stellt dieser abschließend die Vorl.Nr. 106/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5	<b>Wohnpark Hartenecker Höhe, Cäsar-von-Hofacker-Anlage - Vergabebeschluss der Tief- und Straßenbauarbeiten und der landschaftsgärtnerischen Arbeiten</b>	Vorl.Nr. 120/12
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Beschluss:**

Die Firma Bietigheimer Gartengestaltung GmbH, Bauhofring 19, 71732 Tamm, erhält den Auftrag zur Durchführung der Tiefbau-, Straßenbau- und landschaftsgärtnerischen Arbeiten für den 1. Bauabschnitt der Cäsar-von-Hofacker-Anlage im Baugebiet Hartenecker Höhe entsprechend den Plänen des Planungsbüros Planstatt Senner, Breitlestraße 21, 88662 Überlingen.

Die Vergabesumme beträgt einschließlich der Mehrwertsteuer

Angebotssumme (brutto)	1.198.418,45 €
+ Unvorhergesehenes / Aufrundung (ca. 11 %)	<u>131.581,55 €</u>
Vergabesumme	<b><u>1.330.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Überschreitung mehr als 25.000,00 € beträgt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (entschuldigt)  
Stadtrat Weiss (unentschuldigt)

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM Schmid auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 120/12.

Herr Kohler (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert kurz die Vorlage und führt aus, dass die Arbeiten vom 1. Bauabschnitt voraussichtlich bis Ende November 2012 durchgeführt würden.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache begründet Stadtrat **Kirnbauer** sein Abstimmungsverhalten. Er habe schon damals beim Gesamtbeschluss der Maßnahme unter dem Blickwinkel aus seiner Sicht überhöhter Kosten nicht zugestimmt und werde auch der heutigen Vorlage nicht zustimmen.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 120/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6	Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen und Sanierung Friedenstraße 2. Bauabschnitt - Vergabe der Arbeiten	Vorl.Nr. 142/12
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Beschluss:**

#### **Vergabebeschluss**

Die Bietergemeinschaft Klöpfer/Epple, Winnenden-Remseck, erhält den Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten im 2. Bauabschnitt der Friedenstraße (Friedrich-List-Straße bis Neubertstraße).

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	248.529,33 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8,6 %	<u>21.470,67 €</u>
Vergabesumme	<b><u>270.000,00 €</u> brutto</b>

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (entschuldigt)  
Stadtrat Weiss (unentschuldigt)

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Schmid** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 142/12.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht erläuternd kurz auf die Vorlage ein und stellt fest, dass man knapp unter den geschätzten Kosten sei.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Schneller** im Rahmen der Aussprache informiert Herr **Kohler**, farbige Querbänder im Asphalt in der Friedenstraße seien abgelehnt worden.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 142/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7	Umweltverträglichkeitsprüfung mit ökologischer Bestandsaufnahme bei Bebauungsplänen - Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Die Linke) vom 26.03.2012	Vorl.Nr. 113/12
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Schmid** auf den vorliegenden Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 26.03.2012, Vorl.Nr. 113/12.

Stadträtin **Burkhardt** begründet nachfolgend den Antrag, dessen Anlass die Bebauungsplanänderung Hörnleshalde sei. Unmittelbar nach dem Aufstellungsbeschluss am 01.03.2012 sei auf der Geländefläche eine unbekannte Zahl wertvoller alter Bäume gefällt worden. Bei Bebauungsplänen im Innenbereich dürfe zwar laut Aussage in der Vorl.Nr. 036/12 insbesondere auf alle Arten umweltbezogener Informationen verzichtet werden. Sie sei von Fachleuten des BUND jedoch darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass eine artenschutzrechtliche Untersuchung immer gemacht werden müsse und artenschutzrechtliche Auflagen bzw. Ausgleichsmaßnahmen nicht weggewogen werden dürften. Bezug nehmend auf die ihr übersandte „Artenschutzrechtliche Übersichtsbegehung“ seien nach Aussage der Werkgruppe „Grün“ aufgrund des Begehungstermins im Januar nur sehr eingeschränkt Rückschlüsse auf Brutvorkommen von Vogelarten bzw. Vorkommen anderer geschützter Arten möglich. Im Übrigen sei Artenschutz nicht nur bei Vögeln und Fledermäusen vorgeschrieben. Es gebe auch geschützte Pflanzenarten, die man aber an einem kalten Januartag kaum finden werde. Man sei der Meinung, dass eine Bestandsaufnahme von Fauna und Flora außerhalb der kalten Jahreszeit mit Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen zu jedem Bebauungsplan, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich, gehöre. Erst dann könne begründet die Aussage gemacht werden, dass „keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern gegeben sind“ wie auf Seite 4 der Vorlage Nr. 036/12 aufgeführt ist. Alte Bäume stellten einen nicht hoch genug anzusetzenden Wert für die Lebensqualität der Stadtbewohner dar. Vorhandene Werte müssten dabei, auch im Rahmen von Bebauungsplänen, gepflegt werden.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt nachfolgend erläuternd den Sachverhalt dar. Es handle sich hier um einen klassischen Zielkonflikt. Einerseits sei die Innenentwicklung sinnvoll und wichtig vor einer Inanspruchnahme des Außenbereichs. Am Beispiel Hörnleshalde habe sich durch Nichtausnutzen bestehenden Planungsrechts ein Baumbestand entwickelt, der aber im Zweifel entfernt werden müsse, um das Ziel des Bebauungsplans herzustellen. Wenn im Antrag gefordert werde, dass die komplette Prüfung durchgeführt werde, ohne dass dies gesetzlich erforderlich sei, würde man sich zum Großteil selbst blockieren und keine vernünftige Innenentwicklungsmaßnahme mehr durchsetzen können. Er erläutert daraufhin die drei Arten von Bebauungsplanverfahren, nämlich das Normalverfahren, das vereinfachte und das beschleunigte Verfahren. Beim Normalverfahren bestehe die Pflicht, den Umweltbericht komplett mit allen Belangen abzuarbeiten. Dies sei mit externen Kosten verbunden. Auch beim vereinfachten und beschleunigten Verfahren müssten die Umweltbelange berücksichtigt werden, der Unterschied bestehe jedoch im Umfang und der Umweltbericht könne mit eigenem Fachwissen selbst erstellt werden. Eine generelle Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung ohne gesetzliche Verpflichtung

auch bei kleineren Bebauungsplänen, vor allem im Innenbereich, könne er nicht empfehlen. Man würde sich damit der Flexibilität im Einzelfall berauben.

Stadtrat **Gericke** kann beide Anliegen gut nachvollziehen, spricht sich jedoch dafür aus, adäquat eine Untersuchung durchzuführen, auch wenn man es rechtlich nicht müsste. Unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit insbesondere bei kleinen Gebieten sollte das Nichtdurchführen einer solchen Untersuchung seitens der Verwaltung explizit begründet und klar mitgeteilt werden, wie im Bebauungsplanverfahren auf schützenswerte Dinge eingegangen werde.

Herr **Kurt** macht deutlich, dass bei kritischen Fällen ohnehin seitens der Verwaltung das Normalverfahren durchgeführt werde.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, es gehe ihr nicht darum, ein Vollverfahren mit umfangreichen Untersuchungen durchzuführen. Es handle sich um einen Appell, mit dem Bestand sorgfältiger umzugehen. Sie möchte auch nicht über den Antrag abstimmen lassen.

Stadtrat **Kirnbauer** beantragt, dass der vorliegende Antrag Vorl.Nr. 113/12 entweder abgestimmt oder von Stadträtin Burkhardt zurückgezogen werde.

Nach Aussprache stellt BM **Schmid** den Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 26.03.2012, Vorl.Nr. 113/12 zur Abstimmung.

Dieser wird mit 1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag ist somit erledigt.